

Schleimspur oder klare Kante

Diplomatie Die USA drohen Europa und halten Russland für keine ernsthafte Bedrohung. Deutschlands außenpolitisches Modell geht in die Brüche. Findet Friedrich Merz eine Antwort?

von Johannes Varwick

Ist die Grönland-Krise vorbei? Wir wissen es nicht. Bekannt ist, dass Donald Trump wochenlang öffentlich verlaubte, Grönland müsse aus Gründen der nationalen Sicherheit rasch der 51. Bundesstaat der USA werden. Als er dies als geradezu kompromisslose Forderung erhob, nahmen das viele Europäer als Weckruf und womöglich als den berühmten Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt. Einem Partner USA, dem das Völkerrecht egal ist und der selbst die territoriale Integrität eines Bündnispartners offen infrage stellt, könne man nicht länger seine Sicherheit anvertrauen. Die Europäer, heißt es in einer Studie der regierungsnahen Stiftung Wissenschaft und Politik, könnten sich nicht mehr auf die Allianz mit den USA verlassen. Die hätten sich vom wohlwollenden Hegemon zum unberechenbaren Alliierten und sogar zum Gegenspieler bei der Wahrung demokratischer Werte entwickelt.

Der transatlantische Knall

Das hat weit über Grönland hinaus Konsequenzen: Transatlantische Glaubenssätze könnten sich in Luft auflösen, europäische Sicherheit müsste nicht nur ohne die USA organisiert werden, sondern womöglich gegen sie. Die Amerikaner könnten kaum noch Partner in politischen und ökonomischen Fragen sein – eine tatsächliche europäische Souveränität wäre stattdessen das Gebot der Stunde.

Angesichts des deutlichen Widerstands wichtiger europäischer Staaten wie auch des aufziehenden Unmuts im US-Kongress sagte Trump beim Weltwirtschaftsforum in Davos, er wolle sofortige Verhandlungen, um den Erwerb Grönlands durch die USA zu erreichen. Dabei werde er zwar – anders als zuvor angedeutet – keine Gewalt anwenden. Aber um Grönland mit seinem immensen Wert für die Sicherheit einer US-geführten westlichen Hemisphäre zu schützen, müsse es eben US-Eigentum sein. Ein Mietvertrag reiche dafür nicht.

Der Kontext der Davos-Rede war unmissverständlich: Die USA garantierten als NATO-Führungsmacht die Sicherheit aller, aber sie hätten dafür jahrzehntlang zu wenig zurückbekommen und seien von den Europäern notorisch ausgenutzt worden. Verlassen könne man sich auf die NATO mithin nicht mehr. Mit dem Besitz Grönlands lasse sich das unter Umständen ändern. Dänemark könne dazu ja sagen, und die USA würden „sehr dankbar sein“, oder Dänemark könne Nein sagen, und „wir werden uns erinnern“.

Inzwischen steht dank einer hektischen Krisendiplomatie, an der besonders NATO-Generalsekretär Mark Rutte beteiligt war, in Aussicht, dass der bilaterale Grönland-Vertrag zwischen den USA und Dänemark von 1951 neu verhandelt wird. Auch soll sich die NATO in der Arktis mehr engagieren. Was künftige Verhandlungen ergeben, ist völlig offen. Die Absicht dazu wirkt wie ein gesichtswahrender Ausweg, der den imperialen Zielen Trumps entgegenkommt und den großen transatlantischen Knall verhindert. Neben dem bestehenden US-Stützpunkt Pituffik Space Base im Nordwesten Grönlands könnten weitere militärische Liegenschaften der Amerikaner auf der Insel errichtet werden, um die US-Kontrolle über das beanspruchte Gebiet zu sichern. Ähnlich, wie es beim US-Stützpunkt Guantanamo auf Kuba der Fall ist, der nur im beiderseitigen Einvernehmen gekündigt werden kann (und deshalb seit Jahrzehnten besteht). Ein Muster wäre auch die beiden britischen Luftwaffenbasen auf Zypern, die Teil des britischen Staatsgebietes sind.

Wäre das für Grönland gelten, wäre dessen Souveränität erheblich eingeschränkt. So könnten die ausgebauten Stützpunkte formal in die ausschließliche Kontrolle der US-Regierung übergehen und faktisch exterritoriales Gelände sein.

Einmal waren auf Grönland rund 6.000 US-Soldaten stationiert, heute sind es lediglich 150. Was sich als Perspektive abzeichnet, liefe auf eine weitgehende Militarisierung der Arktis-Insel hinaus. Das schließt die Stationierung von Raketenabwehrsystemen für das geplante Projekt „Golden Dome“ ein. Das soll die USA unangreifbar und damit unverwundbar machen. Käme es dazu, wäre eine globale militärische Dominanz garantiert. Zieht man derartige Optionen in Betracht, drängt sich schon die Frage auf: Sieht so ein Erfolg aus, wie ihn die europäischen Widerständler seit dem EU-Sondergipfel vom 22. Januar für sich reklamieren? Hat sich wirklich gezeigt, dass Trump nicht durch eine Schleimspur von Berlin bis Brüssel bestätigt, sondern dass ihm mit klarer europäischer Kante und roten Linien begegnet werden konnte? Hat er beim Griff nach Grönland nicht eher die Methode, weniger das Ziel angepasst?

Sowohl in der Nationalen Sicherheitsstrategie vom Dezember 2025 als auch in der vor wenigen Tagen veröffentlichten National Defense Strategy (NDS) wird deutlich, dass sich die USA nicht mehr schwerpunktmäßig für und in Europa engagieren, sondern auf den indopazifischen Raum und die westliche Hemisphäre konzentriert sein wollen. In diesem Sinne ist Grönland für die USA eindeutig wichtiger als die Ukraine. Mit Blick auf Russland heißt es in der NDS beispielsweise, dass es sich auf absehbare Zeit, um eine anhaltende, aber beherrschbare Bedrohung für die östlichen Mitglieder der NATO handeln würde.

Grönland ist für die USA momentan deutlich wichtiger als die Ukraine

Trotz aller anderslautenden Verlaubungen aus den europäischen Hauptstädten wie medialen Eingebungen teilen diese Sicht innerhalb der NATO offenkundig mehr Staaten als angenommen. Denn wäre Russland tatsächlich eine über die Ukraine hinausgehende Bedrohung für Europa, wäre man auf die US-Forderungen zu Grönland stärker eingegangen, allein um die USA an Bord zu halten. Dass Deutschland, Frankreich, Großbritannien und andere das nicht getan, sondern immerhin ihr Unbehagen gegen eine vollständige Einverleibung durch die USA artikuliert haben, ist auch ein Indiz für die Haltlosigkeit gängiger Bedrohungsperzeptionen in Europa.

Das gespannte – um nicht zu sagen: zerrüttete – Verhältnis zu den USA unterstreicht das Erfordernis einer außenpolitischen Generalinventur, die Deutschland nicht erspart bleiben sollte. Dabei wird eine Reihe etablierter Glaubenssätze hinterfragt werden müssen. Das ist für die Bundesrepublik besonders fordernd, weil sie wie kaum ein anderer Staat auf ein stabiles internationales Umfeld angewiesen ist, nicht zuletzt aus außenwirtschaftlichen

Gründen. Das bisherige Geschäftsmodell ist dabei, in die Brüche zu gehen, noch ist kein alternatives zu erkennen.

Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) sprach in Davos davon, dass sich die alte Ordnung der Welt „in atemberaubendem Tempo auflöst“, unterließ es aber, eine angemessene Vision deutscher Interessen und Handlungsmöglichkeiten zu liefern, die über die üblichen Floskeln hinausging: Europa zusammenhalten und stärken, die transatlantische Partnerschaft nicht vorzeitig abschreiben. Nur geht das am Problem vorbei. Schließlich war es stets die Position der USA, eine neue Lastenteilung mit Europa zu erzwingen, dabei aber die Kontrolle in Europa zu erhalten.

Friedenstüchtig werden

Ein Lackmustest wird mithin sein, wie Merz Deutschland bei einer jetzt unabwendbar gewordenen europäischen Selbstbestimmung positioniert. Ist zu erwarten, dass er grundsätzlich weiter auf Gefolgschaft zu den USA setzt, weil man die allein wegen der Ukraine braucht? Oder sind die globalen Interessen einer Mittelmacht, die zu eigenen Vorstellungen in der internationalen Politik führen, um sie mit gleichgesinnten Partnern durchzusetzen? Nur mit wem? Frankreich und Großbritannien sind innenpolitisch zu lahl, um sich anzubieten. Polen gilt die Partnerschaft mit den USA seit mehr als drei Jahrzehnten als unentbehrliche Sicherheitsgarantie.

Außenpolitische Entscheidungen werden in der Bundesrepublik seit jeher durch den Zweiklang bestimmt, was außenpolitisch machbar und innenpolitisch mehrheitsfähig ist. Beide Parameter haben sich massiv verändert: Außenpolitisch ist die Lage in geradezu disruptiver Weise „komplex“ geworden, innenpolitisch wird eindimensional gedacht und die Gesellschaft auf Kriegstüchtigkeit getrimmt.

Einen deutschen Kanzler, der dies befeuert, sei es nun innerhalb oder außerhalb der NATO, braucht die Welt nicht. Es fehlt Friedrich Merz an alternativem Denken wie rhetorischem Geschick, um einen Kurswechsel ohne Gesichtungsverlust zu überstehen und die eigene Partei, mitzunehmen. Schon der Umstand, dass sich Deutschland massiv verschuldet, um eine unangemessene Aufrüstung zu betreiben, mündet in irreversiblen Entwicklungen, an denen Generationen zu tragen haben.

Wahre Sicherheit gäbe es erst, würde endlich wieder über politische Konzepte diskutiert, die auf den Abbau von Spannungen und den Aufbau von Vertrauen, auch und gerade mit Russland, zielen. Es braucht dazu im Prinzip wenig, nur scheint das für die politische Klasse zu viel des Guten zu sein. Gemeint sind Interessenausgleich, Diplomatie, vertrauensbildende Maßnahmen und Rüstungskontrolle. Wer in der deutschen Politik wagt es, darüber auch nur zu reden, geschweige denn, es zu wollen? Wie viel wäre gewonnen, wenn statt Kriegs- der Wille zu mehr Friedens-tüchtigkeit die Gemüter bewegt, um sich einer klar neoinperial definierten Weltordnung der Großmächte zu entziehen? Vom „Außenkanzler“ Merz, der im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts verharret, ist hier wenig zu erwarten.

Zu versuchen, den politischen Westen – notfalls ohne die USA – fortzusetzen und sich einer militärisierten EU zu verschreiben, was ist damit erreicht? Um den Verlust der alten Monster zu kompensieren, sucht man nach neuen. Doch es sind die alten.

Johannes Varwick ist Politikprofessor an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. In Kürze erscheint sein neues Buch *Stark für den Frieden*

